



## Notwendig oder Phantomschmerz?

Gewalt durch Polizeibeamte zieht Große Anfrage im Parlament nach sich

**N**ach den Vorkommnissen in der Diskothek Gleis 9 im Sommer dieses Jahres legen jetzt die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Große Anfrage vor. Die Ankündigung des innenpolitischen Sprechers der SPD, Sükrü Senkal, vor dem Hintergrund einer beinahe hysterischen öffentlichen Diskussion mit einer Großen Anfrage das Ganze auf eine sachliche und breitere Grundlage zu stellen, begrüßte die GdP in einer Pressemeldung grundsätzlich.

Im Juli dieses Jahres schritten Beamte der Bereitschaftspolizei in der Diskothek gegen einen Gewalttäter ein und nahmen diesen fest. Ein Überwachungsvideo wurde der Presse zugespielt, dem augenscheinlich Sequenzen fehlten. Man behauptete, dass die einschreitenden sieben Kollegen bei der Festnahme des Tatverdächtigen auf diesen eingepöbel hätten, obgleich auf dem unvollständigen Video das gar nicht zu sehen war. Die Behauptung, das Video sei bei der Polizei abgegeben worden und eine nicht mit dem Vorfall in Zusammenhang stehende Hausdurchsuchung in der Woche nach dem Vorfall löste prompt den Verdacht des Vertuschungsversuches aus.

**Drei schwerwiegende Vorwürfe standen im Raum:**

1. Die Bremer Polizei hat ein Gewaltproblem.
2. Die Bremer Polizei versucht, im großen Stil den beschriebenen Vorfall zu vertuschen.
3. Die Ausbildung bei der Bremer Polizei weise Mängel auf.

Zum ersten Vorwurf erklärte die GdP in einer Pressemeldung u. a.:

Das Bremer Lagezentrum nahm im letzten Jahr 180 000 Notrufe entgegen, die in 100 000 Einsätzen mündeten. Daneben gab es unzählige Bürgerkontakte in z. B. Einsätzen durch

Eigeninitiative, Anzeigenaufnahmen, die Arbeit anderer operativer Einheiten als die der Schutz- oder Bereitschaftspolizei, Großeinsätze etc. Viele von ihnen sicherlich mit einem hohen Aggressionspotenzial des polizeilichen Gegenübers. Bundesweite Zahlen belegen das. Straftaten gegen Polizeibeamte, bei denen sie Opfer von gefährlicher und schwerer Körperverletzung geworden sind, stiegen um 13%, Widerstandsdelikte um 11%. Dagegen sind Anzeigen gegen Polizeibeamte wegen Gewaltdelikte verschwindend gering. Damit muss man den Polizeibeamten eine hohe Stressresistenz sowie einen hohen Ausbildungsstand zugestehen.

Will sagen, die Bremer Polizei hat nach Auffassung der GdP kein Gewaltproblem. Das gilt im Übrigen für die deutsche Polizei insgesamt.

Der zweite Vorwurf löste sich rasch in Luft auf. Drei Punkte waren dafür entscheidend. Erstens hatten die einschreitenden Kollegen ihr Handeln minutiös in einem Bericht dargelegt. Zweitens konnte belegt werden, dass die Hausdurchsuchung in der Diskothek nichts mit dem beschriebenen Vorfall zu tun hatte und drittens war der polizeiliche Briefkasten, in dem das Video angeblich hinterlegt wurde, seit Jahren zugeschraubt.

Dem dritten Vorwurf, dass es möglicherweise Mängel in der Ausbildung der Bremer Polizei gäbe, hielt die GdP entgegen, dass es für vieles in der Bremer Polizei bereits eine Antwort gibt, wie Stress- und Konfliktbewältigungstrainings, Betreuungsteams, die Traumata nach u. a. Gewalterfahrung vorbeugen sollen, Sozialberater etc. Dazu ein systemisches Einsatztraining, das explizit solche gewalttätigen Situationen einbezieht. Wir wiesen auf eine Ausbildung hin, die mit der Praxis eng verzahnt ist und in der Deeskalation großgeschrieben wird. Abgesehen davon ist nichts so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

Die Große Anfrage der Regierungsfractionen beschreibt zunächst die Gewalterfahrung von Polizeibeamten und fragt nach den Schlüssen, die daraus gezogen werden.

Es wird aber auch nach unzulässiger Gewalt durch Polizeibeamte gefragt und wie polizeintern damit umgegangen wird.



Am Ende werden 14 Fragen gestellt. Neun davon drehen sich um ungerechtfertigte Gewaltanwendungen von Polizeibeamten. Da geht es darum, ob der Senat es für notwendig erachtet, einen unabhängigen Polizeibeauftragten zu berufen, um Gewaltvorwürfe gegen Polizeibeamte zu untersuchen. Oder wie der Senat den „bösen Schein“ zerstreuen will, dass es keine unabhängige Ermittlungen gegen tatverdächtige Polizistinnen und Polizisten gibt. Auch, so wörtlich, um die Reputation der ganz überwiegenden Mehrheit sich korrekt verhaltender Beamtinnen und Beamten und der Polizei Bremen insgesamt zu schützen.

In Bundesländern wie Rheinland-Pfalz machen die Kolleginnen und Kollegen gerade die Erfahrung eines tiefsitzenden Vorurteils von grünen Politikern der Polizei gegenüber. Die Diskussion um Kennzeichnungspflicht oder die um einen unabhängigen Polizeibeauftragten zeugen davon. Auch die SPD ist davon nicht

Fortsetzung auf Seite 2



**LANDESVORSTAND**

Fortsetzung von Seite 1

frei, wie Forderungen aus ihren Reihen belegen. Sie sagen Transparenz, aber es wird als eine von Mißtrauen geprägte Kontrollkultur empfunden.

Eine Große Anfrage ist eine gute Gelegenheit, eine parlamentarische Diskussion in Gang zu setzen. Und die Regierungsfractionen nutzen sie in lobenswerter Weise dazu, um über Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten zu sprechen. Auf der anderen Seite grundsätzlich über ungerechtfertigte Gewalt von Polizeibeamten zu diskutieren, kann nicht kritisiert werden. Nur sollte man dann auch erfragen, in welchem zahlenmäßigen Verhältnis solche Vorfälle zu den Bürgerkontakten stehen. Wir behaupten,

dass dann schnell zu erkennen ist, dass die Polizei des Landes Bremen kein Gewaltproblem hat. Wir betrachten das eher als eine Art von Phantomschmerz.

Bei der Forderung nach einem unabhängigen Polizeibeauftragten stellt sich neben einer Reihe anderer Fragen die, wie wenig Vertrauen unabhängigen Gerichten und Staatsanwaltschaften entgegengebracht wird. Das in einem Land, in dem eine Staatsanwaltschaft sogar gegen einen

Bundespräsidenten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat.

Wir sehen die Notwendigkeit eines Polizeibeauftragten im Sinne dieser Anfrage, nämlich als jemand, der nur bei von Polizeibeamten begangenen Gewaltdelikten eingeschaltet wird, daher nicht.

**Der Landesvorstand**

**LANDESFRAUENGRUPPE**

**19 Frauen und ein Hund**

**D**ie Seminare der Frauengruppe sind inzwischen zu einem **MUST HAVE** für viele Kolleginnen aus Bremen und Bremerhaven geworden.

Wie auch in den vergangenen Jahren war es eine bunte Truppe aus Polizistinnen und Angestellten, einem Hund, **ALTEN** und **JUNGEN**. Das ist auch das, was diese Gruppe ausmacht. Man kann das auch mit dem neuen deutschen Wort „Diversity“ beschreiben.

Gestartet wurde mit einem Bericht über das vergangene „gewerkschaftliche Jahr“.

Das nachfolgende Thema „Pflegebahr“ bzw. zusätzliche private Pflegeversicherung, perfekt vorgetragen von Miriam Parakenings-Schneider (Signal-Iduna/PVAG), stieß auf große Resonanz.

Wem ist schon bekannt, dass 62,5% der Frauen im Alter pflegebedürftig sind und dass immer mehr Angehörige für die Pflege ihrer Eltern aufkommen müssen. Die Anregungen von M. Parakenings-Schneider, wie man sich absichern kann, wurden mit Interesse aufgenommen.

Bei so viel Input hätten eigentlich alle platt sein müssen, doch Frauen sind einfach immer fit und so wurde es noch ein langer Abend.

Inzwischen ist es usus, dass auf den Seminaren der Frauengruppe frauenspezifische Themen, die in den Alltag der Behörden einfließen sollen, den Hauptpart bilden. Dieses Jahr war **Halime Cengiz** (Vorstandsmitglied des Bremer Integrationsrats) nach Tossens gekommen, um gemeinsam mit uns ein Konzept zu erar-

beiten, wie Musliminnen für die Polizei gewonnen werden können.

Viele gute Ideen und Vorschläge wurden an diesem Tag erarbeitet, davon konnte sich auch der Polizeipräsident, der am späten Nachmittag hinzugekommen war, überzeugen. Später stellte er sich den Fragen der Kolleginnen und beantwortete auch fast alle zur Zufriedenheit.

Ja, und nach dem Abendessen folgte der schon legendäre **TABUSPIELEABEND**. Wieder dabei war die Bürgerschaftsabgeordnete **Manuela Mahnke**, die sich trotz des Bundestagswahlkampfes zwei Tage für uns freigehalten hatte.

Die Kreativität in puncto Umschreibung von Begriffen zog immer wieder Lacher nach sich. Das sind die Abende, an denen weder über den Dienst, Familie, Krankheiten etc. gesprochen wird. Und das ist auch gut so.

Der letzte Tag war den Informationen von **Manuela Mahnke** über den Gleichstellungsausschuss, audit berufundfamilie, Besoldungserhöhung etc. und Wünschen der Kolleginnen an **Manuela M.** gewidmet.

Und auf einmal war das Seminar zu Ende. Schade, so der Tenor der Gruppe.

Aber zum Glück gibt es ja ein nächstes Jahr und somit ein nächstes Seminar.

**Siggi Holschen,**  
**Landesfrauengruppe**

**TERMIN**

**Redaktionsschluss** für die **Dezember-Ausgabe 2013**, Landesjournal Bremen, ist der **11. November 2013**.

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



## BESOLDUNG



## Widerspruch zur Besoldungsanpassung 2013 / 2014

### Informationen der GdP

Bremen, 26.09.2013

Nachdem wir die Vordrucke zum Widerspruch gegen die Besoldungsanpassung zur Verfügung gestellt haben, kommt vermehrt die Frage auf, wer denn eigentlich den Widerspruch einlegen soll. Die Antwort ist einfach: Anwärter, Beamte und Versorgungsempfänger sollten alle Widerspruch einlegen, denn das Ergebnis der Tarifrunde 2013 TV-L, das eine lineare Entgeltenerhöhung in zwei Stufen (2,65 % zum 1.1.2013 und 2,95 % zum 1.1.2014) vorsieht, wurde in keinem Fall vollständig übernommen.

Der DGB wird vier unterschiedliche Musterklagen führen:

1. Für Beamte und Versorgungsempfänger bis einschließlich Besoldungsgruppe A 10  
Für diese Gruppe erfolgt zwar eine vollständige lineare Anpassung. Doch die Erhöhungen wurden jeweils um 6 Monate zum 1.7.2013 und 1.7.2014 verschoben.
2. Für Beamte und Versorgungsempfänger der Besoldungsgruppen A 11 und A 12  
Hier gilt zunächst die gerade dargestellte zeitliche Verschiebung. Darüber hinaus wurde die lineare Anpassung aber auch auf jeweils 1 % für 2013 und 2014 abgesenkt. Dies hat eine dauerhafte Besoldungs- und Versorgungsreduzierung zur Folge.
3. Für Beamte und Versorgungsempfänger ab Besoldungsgruppe A 13  
Dieser Personenkreis wurde von einer Besoldungs- und Versorgungserhöhung vollständig ausgeschlossen.
4. Für Anwärter  
In der Tarifrunde 2013 TV-L wurde für Auszubildende eine etwas abweichende Entgeltenerhöhung ausgehandelt. Es wurden ebenfalls zwei Erhöhungsstufen beschlossen. Allerdings erfolgte für 2013 keine lineare Anhebung um 2,65 Prozent, sondern eine monatliche Erhöhung in Höhe von 50 Euro.  
Im Rahmen der Besoldungsanpassung wurden die Anwärtergrundbeträge lediglich um 2,65 % zum 1.7.2013 und 2,95 % zum 1.7.2014 angehoben.  
Da der tarifliche Sockelbetrag von 50 Euro die lineare Erhöhung von 2,65 % überschreitet, wurden die Anwärtergrundbeträge dauerhaft abgekoppelt. Darüber hinaus wurde die Anpassung aber auch noch jeweils zeitlich um 6 Monate verschoben.

Die Senatorin für Finanzen in Bremen und der Oberbürgermeister in Bremerhaven haben erklärt, dass sie mit der Führung von Musterklagen einverstanden sind. Alle anderen Verfahren werden ruhend gestellt. Zur Sicherung der Ansprüche muss jedoch in jedem Einzelfall ein Widerspruch eingelegt werden. Hierfür kann in allen Varianten der Vordruck des DGB genutzt werden.

Der Landesvorstand

Gewerkschaft  
der Polizei

Landesbezirk Bremen

Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0  
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de



FACHGRUPPE SENIOREN

# Internationaler Tag der älteren Generation

Zum dritten Mal hatte der DGB Bremen seine Einzelgewerkschaften, die Sozialverbände, Parteien und Selbsthilfegruppen am 1. Oktober 2013 zum Tag der älteren Generation aufgerufen. Es ist ein internationaler Aktionstag, der lt. UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde.

Dieser Tag soll auf die Situation und die Belange älterer Menschen aufmerksam machen. In Bremen fand die Veranstaltung wieder – wie schon in den vergangenen Jahren – in der Innenstadt auf dem Hanseatenhof statt. Schirmherrin war Frau **Ulrike Hauffe**, Bremer **Landesbeauftragte für Frauen**. Das Motto für 2013:

**„Wir fordern eine gerechte Politik für alle Generationen!“**

Zusammen gegen soziale Kälte. Wir brauchen den Zusammenhalt aller Generationen für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, die die Ängste, Sorgen und Probleme aller Menschen ernst nimmt.

Ab 14 Uhr sollte mit vielen Aktivitäten, Sketchen, Kabarett, Musik usw. für die Ziele des Aktionstages gearbeitet werden.

Im Laufe des Nachmittags hatten sich über 100 Menschen auf dem Hanseatenhof versammelt. In ihrer Rede ging die **DGB-Vorsitzende Bremen, Annette Düring**, auf die drohende Altersarmut, Pflegenotstand und auf die aktuelle Gesundheitspolitik ein. Auch unser Landesbezirksvorsitzender Horst Göbel gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Jungen Gruppe, Jochen Kopelke, ließen es sich nicht nehmen, am Infostand der GdP-Fachgruppe Senioren vorbeizuschauen.

Die Bilanz 2013: Es waren mehr Infostände und mehr Besucher vor Ort und es wurden interessante Gespräche geführt.

Wir werden 2014 wieder dabei sein.

**Wolfgang Karzenburg**



V. l. n. r.: Eckhard Lindhorst, Wolfgang Karzenburg, Walter Liebetrau, Horst Göbel, Jochen Kopelke, Horst Albinger

## Monatstreffen November

### Bremerhaven

**Dienstag, 12. November 2013, 16 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8**

### Bremen

**Donnerstag, 14. November 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug**

Zu diesem Termin haben wir Rechtsanwältin Frau Dr. Nöth eingeladen. Sie wird über die interessanten und wichtigen Themen **Computerkriminalität, Internetrecht und Reiserecht** referieren.

Herzlich willkommen sind auch Kollegen/-innen, die sich noch nicht zu den Senioren zählen.

### Vorankündigungen:

Weihnachts- und Wiedersehensfeiern in Bremen: **Freitag, 6. Dezember 2013, 17 Uhr**, Hotel Balladins, August-Bebel-Allee 4.

In Bremerhaven: **Freitag, 13. Dezember 2013, 16 Uhr**, Haus am Blink, Adolf-Butenandt-Straße.

Im Monat Dezember finden keine Monatstreffen in Bremen und Bremerhaven statt.

**Wolfgang Karzenburg**

## 1952er-Treffen zum 62. Jubiläum

Das Jahrgangstreffen der Angehörigen der 1. Polizeihundert-schaft vom Einstellungsjahrgang 1952 findet am **Dienstag, 11. Februar 2014, ab 11.30 Uhr** in der **Waldgaststätte Brunnenhof, 28790 Schwanewede/Leuchtenburg, Grüner Weg 15 (Tel. 04 21/62 48 86)** statt.

Anmeldungen bitte bis zum 20. Januar 2014 an:  
Wilhelm Kaub  
Tel. 04 21/25 66 08  
Horst Schwartzje  
Tel. 04 21/69 20 52 52  
Dieter Tschesloh  
Tel. 04 71/6 09 04

**Wilhelm Kaub**



**JUNGE GRUPPE**

# Herzlich willkommen!

Start der Ausbildung für den Einstellungsjahrgang 2013

**F**ünzig neue Kolleginnen und Kollegen treten ihren Dienst bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven an. Die gemeinsame Ausbildung startete am 1. Oktober 2013 morgens um acht Uhr in der Aula der Bereitschaftspolizei.

Doch zuvor wurden sie, wie jedes Jahr, durch die JUNGE GRUPPE (GdP) herzlichst begrüßt und wie es sich gehört, mit einer prallgefüllten Schultüte empfangen. Zahlreiche Mitglieder der JUNGEN GRUPPE und der Landesvorsitzende der GdP, Horst Göbel, nahmen an der Begrüßung unserer neuen Kolleginnen und Kollegen teil und das aus einem ganz bestimmten Grund:



Fotos: Anne Wohlers



**Jemanden persönlich willkommen zu heißen, ist eine Geste der Wertschätzung und des Respektes.**

Wir freuen uns, dass trotz der geringen Einstellungszahlen weiterhin junge Menschen den Weg in unseren Beruf und in unsere Gewerkschaft der Polizei finden. Wir wünschen dem Jahrgang 2013 an dieser Stelle viel Erfolg und Spaß in der Ausbildung. In den kommenden Wochen werden wir weitere Veranstaltungen für und mit euch organisieren, lasst euch einfach überraschen ...

**Jochen Kopelke,**  
Landesjugendvorsitzender GdP Bremen



## In Bremerhaven wurde wieder gefeiert – Die Party 2013

**P**olizeibeamte und Verwaltungsbeschäftigte sind langweilig und verspannt? Sicherlich nicht! Das bewiesen am 28. September 2013 etwa 260 ausgesprochen gutgelaunte und tanzwütige Gäste auf der 26. GdP-Party der Kreisgruppe Bremerhaven. Bereits mit dem ersten gespielten Akkord der Band Prime Time wurde die Tanzfläche gestürmt und ausgelassen gefeiert. Nur durch die beliebte Verlosung kehrte kurzzeitig Ruhe in der Stadthalle Bremerhaven ein, die jedoch schon wenig

später der Musik aus den vergangenen Jahrzehnten bis heute und der Feierlaune aller Beteiligten weichen musste. Die inzwischen etablierte Mischung zwischen Live-Musik und DJ Lars sowie die lockere Atmosphäre scheint sich rumgesprungen zu haben, denn die GdP-Party erfreut sich seit einigen Jahren steigender Beliebtheit und das nicht nur innerhalb der Belegschaft, sondern auch unter der Allgemeinbevölkerung. Es heißt schließlich nicht umsonst Bürger- und Polizeifest.

Ein ganz besonderer Dank gilt **Angela Moormann** und **Linda Mitten-dorf**, die Jahr für Jahr viel Herzblut in diese Veranstaltung stecken und bereits mit den Vorbereitungen für 2014 beschäftigt sind.

Bilder zur Party 2013 befinden sich wie gewohnt auf der Homepage der Kreisgruppe Bremerhaven:

[www.gdp-bremerhaven.de](http://www.gdp-bremerhaven.de).

*Wenke Heitmann*



## FACHGRUPPE ZENTRALE DIENSTE

# Arbeits- und erfolgreich: Das Fachgruppenseminar Zentrale Dienste

**W**ir als kleinste aller Fachgruppen waren im September 2013 besonders stolz auf „voll besetzte Ränge“ bei unserem Fachgruppenseminar. Erfreulich hierbei – wir durften einige Neulinge in unseren Reihen begrüßen, sodass sich eine sehr gute Mischung aus „alten Hasen“ und „Frischlingen“ ergab, die auch viele neue Ideen miteinbringen konnten.

Wir haben uns mit drei großen Schwerpunkten befasst. Zum einen warfen wir einen Blick auf die Personalsituation in unseren Bereichen ZES, ZTD, FP und PSt. Der zweite Themenkomplex waren die Anträge zum Landesdelegiertentag 2014. Der dritte große Schwerpunkt lag auf den nachweislich in der Polizei Bremen zunehmenden psychischen Erkrankungen, z. B. Burn-out und der Einführung eines Gesundheitsmanagements, welches dem entgegenwirken soll und womit wir auch den Bogen zur personalpolitischen Situation spannen konnten.

## Personalsituation angespannt

Zum Thema der Personalsituation begrüßten wir den **Polizeivizepräsidenten Dirk Fasse** sowie **Jörg Meier als Leiter der Direktion Finanzen & Personal (FP)**. Im Vorfeld hatten wir uns in Arbeitsgruppen bereits Gedanken gemacht, welche Fragen uns am stärksten beschäftigen. Das Spektrum reichte von grundsätzlichen Angelegenheiten, wie der Gesamtzahl der Beschäftigten, bis hin zu konkreten Fragen aus dem Komplex Nichtvollzug.

Es gestaltete sich eine lebhaft Diskussion. Leider reichte die Zeit nicht, um alle Fragen anzusprechen. Daher hier ein kurzer Überblick: Beispielsweise kam die Frage nach der „Schmerzgrenze“ an Beschäftigten auf, die zu Reformbeginn von der Unternehmensberatung Roland Berger bei 2600 Vollzeitbeschäftigten festgeschrieben wurde. Von dieser Zahl hat



Die Seminarteilnehmer der Fachgruppe Zentrale Dienste nach getaner Arbeit.

sich sowohl die Politik als auch die Polizei Bremen verabschiedet, da man sie nicht halten kann – selbst nicht mit Einführung der freiwilligen und gesetzlichen Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Durch vermehrte Aufgabenkritik, die Abgabe von Aufgaben u. a. an die Bundespolizei und die OPB Bremerhaven sowie die Schließung bzw. Einschränkung von Revieröffnungszeiten, wurden bislang über 100 Stellen eingespart. Am 1. Oktober 2013 werden in der Polizei Bremen ca. 2530 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (in Vollzeit umgerechnet) beschäftigt sein – Tendenz in Zukunft sinkend. Hier wird man sich auch weiterhin mit der Aufgabenkritik auseinandersetzen müssen.

Der PVP räumt ein, dass die Aufgabendichte in der Polizei erheblich zugenommen hat und die Belastung für den Einzelnen stark gestiegen ist. Hiermit schlägt er bereits den Bogen zum Gesundheitsmanagement, womit die Behördenleitung versuchen möchte, der steigenden Belastung ein Stück weit entgegenzuwirken. Ein Arbeitskreis unter der Leitung von Dirk Fasse beschäftigt sich bereits mit der Thematik.

## Nichtvollzugstellen werden nicht nachbesetzt

Ein besonderes Augenmerk lag im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung auf der Beschäftigtengruppe im Nichtvollzug. Dort werden Stellen sehr oft nicht zeitgerecht nachbesetzt, sodass beim Ausscheiden von Kollegen die Arbeit auf die verbleibenden Kollegen verteilt und von diesen bewältigt werden muss. Als bezeichnendes Beispiel sei das Sachgebiet ZTD 12 (Funk- und Sondertechnik) genannt. Dieser Bereich wird aller Voraussicht nach 2015 aufgrund von altersbedingten Abgängen nur noch von einem einzigen Mitarbeiter betreut. Das Problem ist jedoch schon seit 2004 bekannt, ohne dass die Verantwortlichen für eine zeitgerechte Nachbesetzung gesorgt haben. Die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter impliziert eine entsprechende Ausbildung – als sog. Seiteneinsteiger nach § 9 PolLV – sowie eine angemessene Einarbeitungszeit. Dieses ist selbst mit einer Einstellung zum 1. Oktober dieses Jahres nicht mehr zu schaffen.

Hieran schloss sich die Frage nach dem Sinn der PEP-Quote an. Es dür-

fen zwar pro Jahr fünf Stellen nachbesetzt werden. Aufgrund der PEP-Quote, die eine Reduzierung von 4,5 Stellen vorsieht, bleibt jedoch nicht mehr viel übrig, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Zudem bestehen unter den Seminarteilnehmern sehr große Verärgerung und kollektives Unverständnis darüber, dass die Stellen kurzfristig ausgeschiedener Mitarbeiter, ob durch Kündigung oder selbst durch Tod, ebenfalls in die Personalabbauverpflichtung hineinfallen, obwohl diese Stellen bereits fest im Haushalt mit Finanzmitteln hinterlegt waren. Dies hat zur Folge, dass die Funktionen auf lange Sicht nicht neu besetzt werden und gewisse Bereiche mit der Zeit nicht mehr arbeitsfähig sind und somit strukturell „ausbluten“. Oder mag dahinter eine systematische Absicht stecken? Da kann schon mal das „Gespenst Outsourcing“ durch die Köpfe der Beschäftigten geistern ...

### Führungskräftequalifizierung im Nichtvollzug

Ein weiterer wichtiger Punkt war das Thema Führungskräftequalifizierung im Nichtvollzug. Hierzu führte **Jörg Meier** aus, dass es durchaus eine Führungskräftequalifizierung gibt – allerdings nicht innerhalb der Polizei Bremen. Wer sich im Bereich Nichtvollzug weiter qualifizieren möchte, muss dies im Rahmen von Fortbildungen des gesamtbremischen öffentlichen Dienstes tun. Die Forderung der Fachgruppe Zentrale Dienste ist, dass neben dem bestehenden System für die Kollegen des Vollzugsdienstes ein ähnliches Modell auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Nichtvollzug entwickelt wird. Wenn an der HfÖV endlich Polizeivollzugsbeamte, Arbeitnehmer und Verwaltungsbeamte in einer Reihe sitzen, dann können wir auch behaupten: Wir sind eine Polizei!

### Eingeschränkt dienstfähiges Personal wird benachteiligt

Aufgrund der zunehmenden Zahl an eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen führen diese häufig Nichtvollzugstätigkeiten aus. Das Problem hierbei ist, dass sie auf diesen Stellen nicht befördert werden können. Polizeivizepräsident Fasse

führte an, dass es durchaus möglich sein muss, dass diese Nichtvollzugsstellen, die nicht anders besetzt werden können, in Vollzugsstellen umgewandelt werden. Insbesondere die Direktion ZTD weist hier besonders viele Stellen auf, die von dieser Problematik betroffen sind. Wir fordern den Arbeitgeber auf, auch diese Stellen zu bewerten, um den Kolleginnen und Kollegen endlich die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdient haben.

Weitere Schwerpunkte unseres Seminars waren zudem die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten, Stellenbesetzungen im Nichtvollzug sowie die hohen Überstundenberge. Inzwischen haben sich hier rund 280 000 Stunden angesammelt. Diese können mangels Geld nicht ausbezahlt werden. In diesem Zusammenhang betonte der **Vizepräsident: „Die Behörde streicht keine einzige Überstunde.“**

Um dem Phänomen zu begegnen, hat man inzwischen einen Entwurf hinsichtlich eines Arbeitszeitkontos erarbeitet. Wie das genau aussehen soll, ist noch nicht abschließend geklärt. Es gibt jedoch verschiedene Modelle, die derzeit zur Diskussion stehen.

Der Dienstag stand ganz im Zeichen des Landesdelegiertentages (LDT). Zunächst wurden die Anträge aus 2010 noch einmal betrachtet und geschaut, wie weit sie bereits abgearbeitet sind. Hier stellten sich die **Vorsitzende des Landeskontrollausschusses, Cornelia Renken**, sowie der **stellvertretende Landesvorsitzende Heinfried Keithahn** den kritischen Fragen der Tossens-Besucher. In der Folge wurden dann im Rahmen eines moderierten Prozesses neue Anträge entwickelt. Insgesamt kamen wir als Fachgruppe auf 14 Anträge, die wir auf dem Landesdelegiertentag im März 2014 einbringen werden.

### Psychische Erkrankungen inzwischen an der Spitze

Zum Abschluss des Seminars am Mittwoch schlossen wir den Themenkreis mit den Referentinnen **Michèle Lubahn (Psychologischer Dienst/FP 13)** und **Christel Rosenbaum (Gesundheitsmanagement/FP 14)**, die uns die Themen psychische Erkrankungen und Gesundheitsmanagement näher brachten. Frau Lubahn

stellte sehr anschaulich den Weg vom gesunden Menschen bis zur psychischen Erkrankung dar, sodass sich jeder selbst reflektieren konnte, in welchem Stadium er sich befindet. Als alarmierend empfand die Psychologin die Daten der Ausarbeitung des ärztlichen Dienstes: Dieser hatte die von ihm erstellten Gutachten hinsichtlich der Dienstunfähigkeit von



Mitarbeitern aus den Jahren 2009, 2010 und 2012 verglichen und dabei festgestellt, dass 2009 und 2010 die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Erkrankungen des Bewegungsapparates die häufigste Ursache für Dienstunfähigkeit waren. 2012 hatten sich bereits die psychischen Erkrankungen an die Spitze „gekämpft“! Ein Überblick über die gesamte Polizei Bremen ist aufgrund mangelnder Auswertemöglichkeiten bei der Freien Heilfürsorge zzt. leider nicht möglich.

Christel Rosenbaum brachte uns die Idee des Gesundheitsmanagements (GM) näher. Das GM ist eine Maßnahmenstrategie zur Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung für alle Beschäftigten. Zentrales Ziel ist die Erhaltung und Förderung der Arbeitsfähigkeit des Einzelnen. Die Behördenleitung möchte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich jeder in einer Balance zwischen seinen Ressourcen und den beruflichen Anforderungen befindet. Die gesamte Idee soll am Ende in einer Dienstvereinbarung münden. Derzeit befindet sich die Projektgruppe im Stadium der Analyse in Verbindung mit verschiedenen Arbeitsaufträgen, was man noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun kann. Sicherlich werden sich die Ideen an deren praktischer Umsetzbarkeit messen lassen müssen.

Die abschließende Feedback-Runde für den Teamer Bernd Hinrichs und Co-Moderator Bernd Stolle ergaben insgesamt ein sehr positives Bild. Wir freuen uns schon jetzt auf das nächste Fachgruppenseminar ab 15. September 2014 an altbewährter Stelle.

**Tina Brandes**

